

Beschluss des Landrates vom 19.04.2018

Nr. 2021

47. Die Buslinie 70 muss attraktiv bleiben: Schnellzuganschlüsse in Liestal gewährleisten!

2018/156; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass der Regierungsrat die Motion als Postulat übernehme. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Jan Kirchmayr (SP) sagt, dass seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2017 die Anschlüsse der Linien 70 neu realistisch abgebildet sind. Es ist dies zwar ein Stück weit verständlich, für die Bevölkerung ist es aber ein Problem, weil die Anschlüsse auf die Linie 70, wenn sie ins Mittelland reisen möchte oder von dort wieder zurückkommt, ins Leere laufen. Es bedeutet sogar, dass die Fahrgäste bis zu einer halben Stunde warten müssen, um in einen Bus einsteigen zu können. Das heisst nichts anderes, dass man in diesem Fall das Auto nehmen muss.

Heute wurde eine von 200 Personen unterschriebene Petition eingereicht. Das Vorgehen der Bau- und Umweltschutzdirektion empfindet der Votant als nicht besonders clever. Die betroffenen Gemeinden äusserten sich in der vergangenen Woche ziemlich deutlich zur Fahrplanänderung, ebenso wehrte sich die Bevölkerung zusätzlich mit verschiedenen Schreiben, zudem liessen sich verschiedene Unternehmen dahingehend verlauten, dass es so nicht weitergehen könne.

Wie zu lesen war, erklärte sich die Regierung dazu bereit, das Thema unabhängig davon zu prüfen. Dies ist zwar begrüssenswert. Allerdings ist die Erklärung der Regierungsrätin zur Ablehnung der Motion nicht wirklich nachvollziehbar. Sie moniert, der Motionär wolle einseitig Anschlüsse ins Mittelland priorisieren. In der Motion steht davon nichts, sondern die Forderung ist, dass Anschlüsse erreicht werden. Das heisst nicht, dass man die Anschlüsse in die Stadt nicht priorisieren müsse. Die Begründung ist – ehrlich gesagt – ziemlich gesucht. Der Votant wird nach der Stellungnahme der Fraktionen entscheiden, ob er seinen Vorstoss in ein Postulat umwandelt.

Die Buslinie werde stark genutzt, bestätigt **Hansruedi Wirz** (SVP). In der Vergangenheit gab es keine Probleme. Seit dem Fahrplanwechsel entstand jedoch ein gewisser Unmut, weil sich die Situation gegenüber vorher verändert hat. Die SVP-Fraktion hat dazu unterschiedliche Haltungen. Mehrheitlich wird ein Postulat unterstützt, einige finden auch ein Postulat nicht nötig, da sie argumentieren, dass die Regierung das Problem erkannt habe und mit dem Anbieter im Gespräch sei, wie man der Medienmitteilung vom 10. April entnehmen konnte.

Lotti Stokar (Grüne) sagt, dass die Grüne/EVP-Fraktion die Motion unterstütze, und selbstverständlich auch das Postulat.

Thomas Eugster (FDP) meint, dass das Problem hinlänglich bekannt sei und immer wieder mal in den Zeitungen darüber gelesen werden konnte. Die Regierung hat erkannt, dass etwas unternommen werden muss, was sie bereits in einer Medienmitteilung verkündete. Dafür braucht es keine Motion, findet die FDP-Fraktion. Das wäre nötig, wenn man ein Gesetz ändern möchte oder für das Einbringen einer exakten Formulierung. Ein Postulat würde sie unterstützen.

Felix Keller (CVP) sagt, dass die CVP/BDP-Fraktion das Anliegen primär als Postulat unterstützen werde. Einer Motion wäre sie auch nicht abgeneigt.

Regierungspräsidentin **Sabine Pegoraro** (FDP) weist darauf hin, dass der Regierungsrat bereits in einer Medienmitteilung ankündigte, dafür zu schauen, wie sich eine Verbesserung der Anschlüsse

erreichen lasse. Es geht ganz klar nicht um die Anschlüsse in den Hauptverkehrszeiten, sondern in den Nebenverkehrszeiten, in denen es längere Wartezeiten gibt. Der Grund war, dass die SBB ihre Fahrzeiten geändert hatten, was zu einer Verschiebung führte. Strebt man nun eine Taktplanverdichtung an, bräuchte es eine Änderung des Dekrets und es bräuchte zusätzliche Busse – was wiederum kostet. Man wird sich etwa im Bereich von einer Million Franken Zusatzkosten bewegen, die der Landrat bewilligen muss. Die Vorlage zur Änderung des Angebotsdekrets kommt wie versprochen auf Ende Jahr, wirksam würde es aber erst auf den nächsten Fahrplanwechsel im nächsten Jahr. Vorher lässt sich nichts ändern.

Jan Kirchmayr (SP) würde sich wünschen, dass es beim nächsten Mal nicht vier Monate dauert, bis ein Handlungsbedarf erkannt wird. Denn das lief nicht wirklich rund – und in der Bevölkerung ist der Unmut sehr gross. Nach dem Gehörten wandelt der Votant seinen Vorstoss in ein Postulat um.

://: Der Vorstoss wird mit 65:13 Stimmen als Postulat überwiesen.

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** bedankt sich bei für die Mitarbeit und schliesst die Sitzung um 16:30 Uhr.
